

Neunter Tarifvertrag

**zur Änderung und Ersetzung des Tarifvertrags
für die Ärztinnen und Ärzte**

im Carl-Thiem-Klinikum Cottbus

- 9. ÄndTV/TV-Ärzte/CTK -

vom 1. April 2025

Zwischen der

**Medizinischen Universitätsklinik Lausitz – Carl Thiem
als Rechtsnachfolgerin des Carl-Thiem-Klinikums Cottbus
vertreten durch den Vorstand**

(Arbeitgeber)

und dem

**Marburger Bund
Landesverband Berlin/-Brandenburg
vertreten durch den Vorstand**

(Marburger Bund)

wird folgender Tarifvertrag vereinbart:

§ 1 Inkraftsetzung und Änderung des TV-Ärzte/CTK

Der Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte im Carl-Thiem-Klinikum Cottbus (TV-Ärzte/CTK) vom 28.04.2007 zuletzt geändert durch den 8. Änderungstarifvertrages vom 26.03.2024 wird - soweit gekündigt - rückwirkend zum 1. Januar 2025 mit den folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt

A Änderungen mit Wirkung zum 1. Januar 2025

1. Das Rubrum des Tarifvertrages wird wie folgt geändert:

„Tarifvertrag für die Ärztinnen und Ärzte der Medizinischen Universität Lausitz – Carl-Thiem – TV-Ärzte.MUL-CT“

2. § 1 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Dieser Tarifvertrag gilt für Ärzte und Zahnärzte¹, die in einem Arbeitsverhältnis zur Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem (Arbeitgeber) stehen.“

3. Die Protokollerklärung zu § 1 Absatz 2 wird ersatzlos gestrichen.

4. In § 35 Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe a) bis h) wird die Datumsangabe „31. Dezember 2024“ in die Datumsangabe „30. April 2027“ geändert.

5. § 35 Absatz 3 wird nach h) wie folgt ergänzt:

„i) § 7 Abs. 3 Satz 2, 6 und 7 (soweit er Schicht und Wechselschicht betrifft), § 8 Abs. 2, § 10 Abs. 1 (soweit er Schicht und Wechselschicht betrifft), Abs. 4 und 5, § 26 Abs. 1 und 2 und § 33 Nr. 8, 10 (soweit sie Schicht und Wechselschicht betrifft) und 12 mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats, frühestens zum 30. April 2027.“

B Änderungen mit Wirkung zum 1. Mai 2025

1. § 4 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„²Für jeden Einsatz in diesem Rettungsdienst erhalten Ärzte einen Einsatzzuschlag
a) ab dem 1.5.2025 in Höhe von 31,05 Euro,
b) ab dem 1.3.2026 in Höhe von 31,67 Euro und
c) ab dem 1.1.2027 in Höhe von 32,30 Euro.“

2. Die Sätze 1 bis 4a des § 9a werden zu § 9a Absatz 1.

3. Nach § 9a Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Führt eine notwendige Dienstplanänderung dazu, dass ein Arzt an einem Tag, an dem für den Arzt kein Dienst (regelmäßige Arbeitszeit, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft) geplant war, einen Dienst antreten muss, erhält er einen einmaligen Zuschlag,

- a) wenn zwischen der Dienstplanänderung und dem Antritt des Dienstes weniger als 72 Stunden liegen in Höhe von 50 Euro,
- b) wenn zwischen der Dienstplanänderung und dem Antritt des Dienstes weniger als 48 Stunden liegen in Höhe von 100 Euro,

je tatsächlich geleistetem Dienst.“

4. Nach § 9a Absatz 2 wird folgende Protokollerklärung eingefügt:

„Protokollerklärung zu § 9a Abs. 2:

Beruht die Dienstplanänderung auf einem einvernehmlichen Dienstaustausch, wird die Zuschlagszahlung nicht ausgelöst.“

5. § 10 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„²Für angefallene Arbeit einschließlich einer etwaigen Wegezeit wird daneben das Entgelt für Überstunden zuzüglich etwaiger Zeitzuschläge gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 mit der Maßgabe, dass der Feiertagszuschlag 35 % beträgt, gezahlt.“

6. § 10 Absatz 3 Satz 5 wird wie folgt neu gefasst:

„⁵Bei telefonischer Inanspruchnahme (z.B. in Form einer Auskunft) oder bei Inanspruchnahme mittels technischer Einrichtungen wird die Summe dieser Arbeitsleistungen auf die nächste halbe Stunde gerundet und mit dem Entgelt für Überstunden (§ 33 Nr. 2) zuzüglich etwaiger Zeitzuschläge gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 mit der Maßgabe, dass der Feiertagszuschlag 35 % beträgt, gezahlt.“

7. § 11 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„(3) ¹Der Arzt erhält zusätzlich zu dem Entgelt nach den Absätzen 1 und 2 für jede Stunde einen Zeitzuschlag als Prozentsatz des Stundenentgelts nach Absatz 2 wie folgt:

Für Arbeit	in Höhe von
a) an Feiertagen	25 %
b) an Sonntagen	25 %
c) an Samstagen	25 %
d) Nachtarbeit	15 %
e) am 24. Dezember und am 31. Dezember	35 %

des individuellen Stundenentgelts. ²Berechnungsgrundlage für den Zeitzuschlag gemäß Satz 1 sind die tatsächlich geleisteten (nicht faktorisierten) Stunden zu den jeweiligen Zeiten. ³Die Zeitzuschläge werden kumulativ gezahlt. ⁴Nur auf ausdrücklichen Wunsch des

9. ÄndTV/TV-Ärzte/CTK vom 1. April 2025

Arztes kann dafür Freizeitausgleich gewährt werden. ⁵Weitergehende Ansprüche auf Zeitzuschläge bestehen nicht.“

8. § 11 Absatz 3b wird wie folgt neu gefasst:

„(3b) Es sollen grundsätzlich an nicht mehr als zwei Wochenenden (Freitag 21 Uhr bis Montag 5 Uhr) je Kalendermonat, höchstens jedoch an nicht mehr als sechs Wochenenden im Kalendervierteljahr Arbeitsleistungen (regelmäßige Arbeit, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft) angeordnet werden.“

9. § 11 Absatz 3c sowie die Protokollerklärung zu § 11 Absatz 3c werden ersatzlos gestrichen.

10. Die Anlage zu § 17 Absatz 1 Satz 1 wird wie aus dem Anhang ersichtlich gefasst.

C Änderungen mit Wirkung zum 1. Januar 2026

1. § 26 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„(3) ¹Ärzte erhalten bei einer Leistung im Kalenderjahr von mindestens

150 Nachtarbeitsstunden	1 Arbeitstag
300 Nachtarbeitsstunden	2 Arbeitstage
450 Nachtarbeitsstunden	3 Arbeitstage
600 Nachtarbeitsstunden	4 Arbeitstage
750 Nachtarbeitsstunden	5 Arbeitstage

Zusatzurlaub im Kalenderjahr. ²Nachtarbeitsstunden, die in Zeiträumen geleistet werden, für die Zusatzurlaub für Wechselschicht- oder Schichtarbeit zusteht, bleiben unberücksichtigt. ³Nachtarbeit im Sinne von Satz 1 sind auch die im Bereitschaftsdienst in der Zeit von 21 bis 6 Uhr geleisteten Stunden. ⁴Als Nachtarbeit im Sinne von Satz 1 gilt auch die Zeit der Rufbereitschaft zwischen 21 und 6 Uhr mit der Maßgabe, dass diese Stunden (Passivstunden) zu 25 % angerechnet werden; Zeiten der Inanspruchnahme während der Rufbereitschaft zwischen 21 und 6 Uhr werden zu 100 % berücksichtigt.“

2. § 26 Absatz 3a wird ersatzlos gestrichen.

3. Die Protokollerklärung zu § 26 wird wie folgt umbenannt:

„Protokollerklärung zu § 26 (Fassung bis 31.12.2025)“

4. Nach der Protokollerklärung zu § 26 (Fassung bis 31.12.2025) werden folgende neue Protokollerklärungen eingefügt:

„Protokollerklärungen zu § 26 (Fassung ab 1.1.2026):

1. ¹Bemessungszeitraum für den Anspruch auf Zusatzurlaub sind die im laufenden Jahr geleisteten Nachtstunden bzw. die im laufenden Jahr geleistete Wechselschicht- oder Schichtarbeit, sobald die Voraussetzungen nach Absatz 1 bis 3 erfüllt sind. ²Für die Feststellung, ob ständige Wechselschichtarbeit oder ständige Schichtarbeit vorliegt, ist eine Unterbrechung durch Arbeitsbefreiung, Freizeitausgleich, bezahlten Urlaub oder Arbeitsunfähigkeit in den Grenzen des § 21 unschädlich. ³Am Jahresende verbleibende Nachtarbeitsstunden gehen in die Bemessungsgrundlage für das nächste Kalenderjahr über; sie begründen keinen etwaigen Anspruch auf Urlaubsabgeltung.

2. ¹Ärzte, die im Kalenderjahr 2026 aufgrund der geänderten Bemessungsgrundlage für den Zusatzurlaub weniger Zusatzurlaub erhalten würden als nach der bis zum 31.12.2025 geltenden Bemessungsgrundlage, erhalten den Zusatzurlaub aufgrund der im Kalenderjahr 2025 geleisteten Schicht-/Wechselschichtarbeit bzw. Nachtarbeitsstunden (Günstigkeitsklausel). ²Änderungen der individuellen Arbeitszeit mit der Folge, dass sich die Arbeit im Kalenderjahr 2026 regelmäßig auf mehr oder weniger Arbeitstage, als im Kalenderjahr 2025 verteilt, sind gemäß § 25 Abs. 1 Satz 3 zu berücksichtigen.“

§ 2 Individuelle Einmalzahlungen

¹Ärztinnen/Ärzte im Geltungsbereich des geänderten Tarifvertrags, die am 1. Januar 2025 bereits im Arbeitsverhältnis beim Arbeitgeber standen, erhalten mit der Gehaltszahlung im August 2025 die Differenz zwischen ihrem bisherigen Tabellenentgelt und ihrem um 3,5 % erhöhten Tabellenentgelt für die Monate Januar bis April 2025 in einem Betrag (individuelle Einmalzahlung). ²Sollte die Ärztin/der Arzt im Zeitraum Januar bis April 2025 die nächste Stufe seiner jeweiligen Entgeltgruppe erreichen oder in eine höhere Entgeltgruppe eingruppiert werden, ist das neue Tabellenentgelt für die Berechnung der Differenz aus Satz 1 heranzuziehen.

§ 3 Durchgeschriebene Fassung

Der Tarifvertrag TV-Ärzte/MUL-CT erhält sodann mit den vorangegangenen Änderungen die durchgeschriebene Fassung in Anlage 2.

§ 4 Inkrafttreten

(1) Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft.

9. ÄndTV/TV-Ärzte/CTK vom 1. April 2025

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die in § 1 Abschnitt B und C aufgeführten Änderungen jeweils zu den genannten Terminen in Kraft.

Cottbus, 1. April 2025

Für den
Arbeitgeber
Anlage 1

Für den
Marburger Bund

Anlage zu § 17 Abs. 1

Tabellenentgelte vom 1.5.2025 bis 28.2.2026

Entgelt- gruppe	Stufe	Stufe nach ... Jahren*)	Tabellenent- gelt
EG IV	1		10.636,75 €
	2	5	10.976,33 €
EG III	1		9.271,15 €
	2	3	9.573,83 €
	3	8	10.038,37 €
EG II	1		7.219,10 €
	2	3	7.824,38 €
	3	6	8.355,87 €
	4	8	8.665,89 €
	5	10	8.968,55 €
	6	14	9.042,35 €
EG I	1		5.469,70 €
	2	1	5.779,76 €
	3	2	6.001,16 €
	4	3	6.385,00 €
	5	4	6.967,64 €

*) Die Jahre beziehen sich jeweils auf die Tätigkeit innerhalb der jeweiligen Entgeltgruppe.

Anlage zu § 17 Abs. 1

Tabellenentgelte vom 1.3.2026 bis 31.12.2026

Entgelt- gruppe	Stufe	Stufe nach ... Jahren*)	Tabellenent- gelt
EG IV	1		10.849,49 €
	2	5	11.195,86 €
EG III	1		9.456,57 €
	2	3	9.765,31 €
	3	8	10.239,14 €
EG II	1		7.363,48 €
	2	3	7.980,87 €
	3	6	8.522,99 €
	4	8	8.839,21 €
	5	10	9.147,92 €
	6	14	9.223,20 €
EG I	1		5.579,09 €
	2	1	5.895,36 €
	3	2	6.121,18 €
	4	3	6.512,70 €
	5	4	7.106,99 €

*) Die Jahre beziehen sich jeweils auf die Tätigkeit innerhalb der jeweiligen Entgeltgruppe.

Anlage zu § 17 Abs. 1

Tabellenentgelte ab 1.1.2027

Entgelt- gruppe	Stufe	Stufe nach ... Jahren*)	Tabellenent- gelt
EG IV	1		11.066,48 €
	2	5	11.419,78 €
EG III	1		9.645,70 €
	2	3	9.960,62 €
	3	8	10.443,92 €
EG II	1		7.510,75 €
	2	3	8.140,49 €
	3	6	8.693,45 €
	4	8	9.015,99 €
	5	10	9.330,88 €
	6	14	9.407,66 €
EG I	1		5.690,67 €
	2	1	6.013,27 €
	3	2	6.243,60 €
	4	3	6.642,95 €
	5	4	7.249,13 €

*) Die Jahre beziehen sich jeweils auf die Tätigkeit innerhalb der jeweiligen Entgeltgruppe.

Anlage 2

Tarifvertrag
für die Ärztinnen und Ärzte der
Medizinischen Universität Lausitz - Carl-Thiem
- TV-Ärzte.MUL-CT -
in der Fassung vom 1. April 2025

§ 1 Geltungsbereich

(1) Dieser Tarifvertrag gilt für Ärzte und Zahnärzte¹, die in einem Arbeitsverhältnis zur Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem (Arbeitgeber) stehen.

(2) Dieser Tarifvertrag gilt nicht für Chefärzte, sowie leitende Oberärzte, wenn deren Arbeitsbedingungen einzelvertraglich vereinbart worden sind oder werden.

Protokollerklärung zu Absatz 1:

Ärzte im Sinne dieses Tarifvertrages sind Beschäftigte, die nach dem Inhalt ihres Arbeitsvertrages ärztliche Tätigkeiten ausüben und Beschäftigte, bei denen die ärztliche Qualifikation arbeitgeberseitig für die auszuübende Tätigkeit vorausgesetzt wird.

§ 2 Arbeitsvertrag, Nebenabreden, Probezeit

(1) Der Arbeitsvertrag wird schriftlich abgeschlossen.

(2) ¹Mehrere Arbeitsverhältnisse zum Arbeitgeber dürfen nur begründet werden, wenn die jeweils übertragenen Tätigkeiten nicht in einem unmittelbaren Sachzusammenhang stehen. ²Andernfalls gelten sie als ein Arbeitsverhältnis.

(3) ¹Nebenabreden sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. ²Sie können gesondert gekündigt werden, soweit dies einzelvertraglich vereinbart ist.

(4) Die ersten sechs Monate der Beschäftigung gelten als Probezeit, soweit nicht eine kürzere Zeit vereinbart ist.

§ 3 Allgemeine Arbeitsbedingungen

(1) Ärzte haben über Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch gesetzliche Vorschriften vorgesehen oder vom Arbeitgeber angeordnet ist, Verschwiegenheit zu wahren; dies gilt auch über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses hinaus.

¹ Die im Tarifvertrag verwendeten männlichen Bezeichnungen umfassen auch die jeweils weibliche Form.

(2) ¹Ärzte dürfen von Dritten Belohnungen, Geschenke, Provisionen oder sonstige Vergünstigungen in Bezug auf ihre Tätigkeit nicht annehmen. ²Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Arbeitgebers möglich. ³Werden Ärzten derartige Vergünstigungen angeboten, haben sie dies dem Arbeitgeber unverzüglich anzuzeigen.

(3) ¹Nebentätigkeiten gegen Entgelt haben Ärzte dem Arbeitgeber rechtzeitig vorher schriftlich anzuzeigen. ²Der Arbeitgeber kann die Nebentätigkeit untersagen oder mit Auflagen versehen, wenn diese geeignet ist, die Erfüllung der arbeitsvertraglichen Pflichten von Ärzten oder berechnete Interessen des Arbeitgebers zu beeinträchtigen.

(4) ¹Der Arbeitgeber hat Ärzte von etwaigen im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis entstandenen Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, sofern der Eintritt des Schadens nicht durch den Arzt vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist. ²Im Übrigen bleiben die allgemeinen Grundsätze zur Arbeitnehmerhaftung unberührt.

(5) ¹Der Arbeitgeber ist bei begründeter Veranlassung berechtigt, Ärzte zu verpflichten, durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen, dass er zur Leistung der arbeitsvertraglich geschuldeten Tätigkeit in der Lage ist. ²Bei dem beauftragten Arzt kann es sich um einen Betriebsarzt handeln, soweit sich die Betriebsparteien nicht auf einen anderen Arzt geeinigt haben. ³Die Kosten dieser Untersuchung trägt der Arbeitgeber.

(6) ¹Ärzte haben ein Recht auf Einsicht in ihre vollständigen Personalakten. ²Sie können das Recht auf Einsicht auch durch eine hierzu schriftlich bevollmächtigte Person ausüben lassen. ³Sie können Auszüge oder Kopien aus ihren Personalakten erhalten.

§ 4 Allgemeine Pflichten

(1) ¹Zu den den Ärzten obliegenden ärztlichen Pflichten gehört es auch, ärztliche Bescheinigungen auszustellen. ²Die Ärzte können vom Arbeitgeber auch verpflichtet werden, im Rahmen einer zugelassenen Nebentätigkeit von leitenden Ärzten oder für Belegärzte innerhalb der Einrichtung ärztlich tätig zu werden.

(2) ¹Zu den aus der Haupttätigkeit obliegenden Pflichten der Ärzte gehört es ferner, am Rettungsdienst in Notarztwagen und Hubschraubern teilzunehmen. ²Für jeden Einsatz in diesem Rettungsdienst erhalten Ärzte einen Einsatzzuschlag

- a) ab dem 1.5.2025 in Höhe von 31,05 Euro,
- b) ab dem 1.3.2026 in Höhe von 31,67 Euro und
- c) ab dem 1.1.2027 in Höhe von 32,30 Euro.

Protokollerklärungen zu § 4 Absatz 2:

1. Ein Arzt, der nach der Approbation noch nicht mindestens ein Jahr klinisch tätig war, ist grundsätzlich nicht zum Einsatz im Rettungsdienst heranzuziehen.
2. Ein Arzt, dem aus persönlichen oder fachlichen Gründen (z.B. Vorliegen einer anerkannten Minderung der Erwerbsfähigkeit, die dem Einsatz im Rettungsdienst entgegensteht, Flugunverträglichkeit, langjährige Tätigkeit als Mikrobiologe) die Teilnahme am Rettungsdienst nicht zumutbar ist, darf grundsätzlich nicht zum Einsatz im Rettungsdienst herangezogen werden.

(3) ¹Die Erstellung von Gutachten, gutachtlichen Äußerungen und wissenschaftlichen Ausarbeitungen, die nicht von einem Dritten angefordert und vergütet werden, gehört zu den den Ärzten obliegenden Pflichten aus der Haupttätigkeit.

(4) ¹Der Arzt kann vom Arbeitgeber verpflichtet werden, als Nebentätigkeit Unterricht zu erteilen sowie Gutachten, gutachtliche Äußerungen und wissenschaftliche Ausarbeitungen, die von einem Dritten angefordert und vergütet werden, zu erstellen, und zwar auch im Rahmen einer zugelassenen Nebentätigkeit des leitenden Arztes. ²Steht die Vergütung für das Gutachten, die gutachtliche Äußerung oder wissenschaftliche Ausarbeitung ausschließlich dem Arbeitgeber zu, hat der Arzt nach Maßgabe seiner Beteiligung einen Anspruch auf einen Teil dieser Vergütung. ³In allen anderen Fällen ist der Arzt berechtigt, für die Nebentätigkeit einen Anteil der von dem Dritten zu zahlenden Vergütung anzunehmen. ⁴Der Arzt kann die Übernahme der Nebentätigkeit verweigern, wenn die angebotene Vergütung offenbar nicht dem Maß seiner Beteiligung entspricht. ⁵Im Übrigen kann die Übernahme der Nebentätigkeit nur in besonders begründeten Ausnahmefällen verweigert werden.

§ 5 Versetzung, Abordnung, Zuweisung, Personalgestellung

(1) ¹Ärzte können aus dienstlichen oder betrieblichen Gründen versetzt oder abgeordnet werden. ²Sollen Ärzte an eine Dienststelle oder einen Betrieb außerhalb des bisherigen Arbeitsortes versetzt oder voraussichtlich länger als drei Monate abgeordnet werden, so sind sie vorher zu hören.

(2) ¹Ärzten kann im dienstlichen/ betrieblichen oder öffentlichen Interesse mit ihrer Zustimmung vorübergehend eine mindestens gleich vergütete Tätigkeit bei einem Dritten zugewiesen werden. ²Die Zustimmung kann nur aus wichtigem Grund verweigert werden. ³Die Rechtsstellung der Ärzte bleibt unberührt. ⁴Bezüge aus der Verwendung nach Satz 1 werden auf das Entgelt angerechnet.

(3) ¹Werden Aufgaben der Ärzte zu einem Dritten verlagert, ist auf Verlangen des Arbeitgebers bei weiter bestehendem Arbeitsverhältnis die arbeitsvertraglich geschuldete Arbeitsleistung bei dem Dritten zu erbringen (Personalgestellung). ²§ 613a BGB sowie gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

§ 6 Qualifizierung

(1) ¹Ein hohes Qualifikationsniveau und lebenslanges Lernen liegen im gemeinsamen Interesse von Ärzten und Arbeitgeber. ²Qualifizierung dient der Steigerung von Effektivität und Effizienz des Krankenhauses, der Nachwuchsförderung und der Steigerung von beschäftigungsbezogenen Kompetenzen. ³Die Tarifvertragsparteien verstehen Qualifizierung auch als Teil der Personalentwicklung.

(2) ¹Vor diesem Hintergrund stellt Qualifizierung nach diesem Tarifvertrag ein Angebot dar, aus dem für die Ärzte kein individueller Anspruch außer nach Absatz 4 und Absatz 9 abgeleitet, aber das durch freiwillige Betriebsvereinbarung wahrgenommen und näher ausgestaltet werden kann. ²Weitergehende Mitbestimmungsrechte werden dadurch nicht berührt.

(3) ¹Qualifizierungsmaßnahmen sind

- a) die Fortentwicklung der fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen für die übertragenen Tätigkeiten (Erhaltungsqualifizierung),
- b) der Erwerb zusätzlicher Qualifikationen (Fort- und Weiterbildung),
- c) die Qualifizierung zur Arbeitsplatzsicherung (Qualifizierung für eine andere Tätigkeit; Umschulung) und
- d) die Einarbeitung bei oder nach längerer Abwesenheit (Wiedereinstiegsqualifizierung).

²Die Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme wird dokumentiert und den Ärzten schriftlich bestätigt.

(4) ¹Ärzte haben Anspruch auf ein regelmäßiges Gespräch mit der jeweiligen Führungskraft, in dem festgestellt wird, ob und welcher Qualifizierungsbedarf besteht. ²Dieses Gespräch kann auch als Gruppengespräch geführt werden. ³Wird nichts anderes geregelt, ist das Gespräch jährlich zu führen.

(5) ¹Die Kosten einer vom Arbeitgeber veranlassten Qualifizierungsmaßnahme - einschließlich Reisekosten - werden, soweit sie nicht von Dritten übernommen werden, grundsätzlich vom Arbeitgeber getragen. ²Ein möglicher Eigenbeitrag wird durch eine Qualifizierungsvereinbarung geregelt. ³Die Betriebsparteien sind gehalten, die Grundsätze einer fairen Kostenverteilung unter Berücksichtigung des betrieblichen und individuellen Nutzens zu regeln. ⁴Ein Eigenbeitrag der Ärzte kann in Geld und/ oder Zeit erfolgen.

(6) Zeiten von vereinbarten Qualifizierungsmaßnahmen gelten als Arbeitszeit.

(7) Gesetzliche Förderungsmöglichkeiten können in die Qualifizierungsplanung einbezogen werden.

(8) Für Ärzte mit individuellen Arbeitszeiten sollen Qualifizierungsmaßnahmen so angeboten werden, dass ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme ermöglicht wird.

(9) ¹Zur Teilnahme an medizinisch wissenschaftlichen Kongressen, ärztlichen Fortbildungsveranstaltungen und ähnlichen Veranstaltungen ist dem Arzt Arbeitsbefreiung bis zu fünf Arbeitstagen im Kalenderjahr unter Fortzahlung des Entgelts zu gewähren. ²Die Arbeitsbefreiung wird auf einen Anspruch nach dem Weiterbildungsgesetz des Landes Brandenburg angerechnet.

§ 7 Regelmäßige Arbeitszeit

(1) ¹Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen durchschnittlich 40 Stunden wöchentlich. ²Die regelmäßige Arbeitszeit kann auf fünf Tage - aus notwendigen betrieblichen Gründen auch auf sechs Tage - verteilt werden. ³Für Umkleidezeiten werden pro Dienst insgesamt sechs Minuten auf die Arbeitszeit angerechnet.

(2) ¹Durch individuelle schriftliche Vereinbarung zum Arbeitsvertrag kann die durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit als individuelle Wochenarbeitszeit auf bis zu 48 Stunden verlängert werden. ²Die Vereinbarung gemäß Satz 1 kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. ³Bei einer Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden wird ab der einundvierzigsten Stunde ein Zuschlag von 7,5 % des individuellen Stundenentgelts (der auf eine Stunde entfallende Anteil des Tabellenentgelts der jeweiligen Entgeltgruppe und Stufe) gezahlt.

(3) ¹Für die Berechnung des Durchschnitts der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit nach Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 ist ein Zeitraum von einem Jahr zugrunde zu legen. ²Abweichend von Satz 1 kann bei Ärzten, die ständig Wechselschicht- oder Schichtarbeit zu leisten haben, ein längerer Zeitraum zugrunde gelegt werden.

(4) ¹Soweit es die betrieblichen Verhältnisse zulassen, wird der Arzt am 24. Dezember und am 31. Dezember unter Fortzahlung des Entgelts nach § 20 von der Arbeit freigestellt. ²Kann die Freistellung nach Satz 1 aus betrieblichen Gründen nicht erfolgen, ist entsprechender Freizeitausgleich innerhalb von drei Monaten zu gewähren. ³Die regelmäßige Arbeitszeit

vermindert sich für den 24. Dezember und 31. Dezember, sofern sie auf einen Werktag fallen, um die dienstplanmäßig ausgefallenen Stunden.

Protokollerklärung zu Abs. 4 Satz 3:

Die Verminderung der regelmäßigen Arbeitszeit betrifft die Ärzte, die wegen des Dienstplans frei haben und deshalb ohne diese Regelung nacharbeiten müssten.

(5) Aus dringenden betrieblichen Gründen kann auf der Grundlage einer Betriebsvereinbarung im Rahmen des § 7 Abs. 1, 2 und des § 12 ArbZG von den Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes abgewichen werden.

(6) ¹Die tägliche Arbeitszeit kann im Schichtdienst auf bis zu zwölf Stunden ausschließlich der Pausen ausgedehnt werden. ²In unmittelbarer Folge dürfen nicht mehr als vier Zwölf-Stunden-Schichten und innerhalb von zwei Kalenderwochen nicht mehr als acht Zwölf-Stunden-Schichten geleistet werden. ³Solche Schichten können nicht mit Bereitschaftsdienst kombiniert werden.

(7) Ärzte sind im Rahmen begründeter betrieblicher Notwendigkeiten zur Leistung von Sonntags-, Feiertags-, Nacht-, Wechselschicht-, Schichtarbeit sowie - bei Teilzeitbeschäftigung aufgrund arbeitsvertraglicher Regelung oder mit ihrer Zustimmung - zu Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft, Überstunden und Mehrarbeit verpflichtet.

(8) ¹Über den Abschluss einer Betriebsvereinbarung nach Absatz 5 ist der Marburger Bund unverzüglich zu informieren. ²Er hat im Einzelfall innerhalb von vier Wochen die Möglichkeit, dem Inkrafttreten der Betriebsvereinbarung im Hinblick auf die Ärzte im Geltungsbereich dieses Tarifvertrages zu widersprechen. ³In diesem Fall wird für Ärzte nach Satz 2 die Wirksamkeit der Betriebsvereinbarung ausgesetzt und es sind innerhalb von vier Wochen Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und dem Marburger Bund über diesen Einzelfall aufzunehmen. ⁴Satz 3 gilt entsprechend, wenn eine Betriebsvereinbarung im Hinblick auf die vom Geltungsbereich dieses Tarifvertrages erfassten Ärzte nicht zustande kommt und der Marburger Bund die Aufnahme von Tarifverhandlungen verlangt.

Protokollerklärungen zu § 7:

Gleitzeitregelungen sind unter Wahrung der jeweils geltenden Mitbestimmungsrechte möglich.

§ 8 Arbeit an Sonn- und Feiertagen

In Ergänzung zu § 7 Abs. 4 Satz 3 und Absatz 7 gilt für Sonn- und Feiertage folgendes:

(1) ¹Die Arbeitszeit an einem gesetzlichen Feiertag, der auf einen Werktag fällt, wird durch eine entsprechende Freistellung an einem anderen Werktag bis zum Ende des dritten Kalendermonats – möglichst aber schon bis zum Ende des nächsten Kalendermonats – ausgeglichen, wenn es die betrieblichen Verhältnisse zulassen. ²Kann ein Freizeitausgleich nicht gewährt werden, erhält der Arzt je Stunde 100 % des auf eine Stunde entfallenden Anteils des monatlichen Entgelts der jeweiligen Entgeltgruppe und Stufe nach Maßgabe der Entgelttabelle. ³§ 10 Abs. 1 Satz 2 Buchst. c bleibt unberührt.

(2) ¹Für Ärzte, die regelmäßig nach einem Dienstplan eingesetzt werden, der Wechselschicht- oder Schichtdienst an sieben Tagen in der Woche vorsieht, vermindert sich die regelmäßige Wochenarbeitszeit um ein Fünftel der arbeitsvertraglich vereinbarten durchschnittlichen Wochenarbeitszeit, wenn sie an einem gesetzlichen Feiertag, der auf einen Werktag fällt,

- a) Arbeitsleistung zu erbringen haben oder
- b) nicht wegen des Feiertags, sondern dienstplanmäßig nicht zur Arbeit eingeteilt sind und deswegen an anderen Tagen der Woche ihre regelmäßige Arbeitszeit erbringen müssen.

²Absatz 1 gilt in diesen Fällen nicht. ³§ 10 Abs. 1 Satz 2 Buchst. c bleibt unberührt.

(3) ¹Ärzte, die regelmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiten müssen, erhalten innerhalb von zwei Wochen zwei arbeitsfreie Tage. ²Hiervon soll ein freier Tag auf einen Sonntag fallen.

§ 9 Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft

(1) ¹Der Arzt ist verpflichtet, sich auf Anordnung des Arbeitgebers außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit an einer vom Arbeitgeber bestimmten Stelle aufzuhalten, um im Bedarfsfall die Arbeit aufzunehmen (Bereitschaftsdienst). ²Der Arbeitgeber darf Bereitschaftsdienst nur anordnen, wenn zu erwarten ist, dass zwar Arbeit anfällt, erfahrungsgemäß aber die Zeit ohne Arbeitsleistung überwiegt.

(2) Wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Bereitschaftsdienst fällt, kann unter den Voraussetzungen einer

- Prüfung alternativer Arbeitszeitmodelle,
- Belastungsanalyse gemäß § 5 ArbSchG und
- ggf. daraus resultierender Maßnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes

im Rahmen des § 7 Abs. 1 Nr. 1 und 4, Abs. 2 Nr. 3 ArbZG die tägliche Arbeitszeit im Sinne des Arbeitszeitgesetzes abweichend von den §§ 3, 5 Abs. 1 und 2 und 6 Abs. 2 ArbZG über acht Stunden hinaus auf bis zu 24 Stunden verlängert werden, wenn mindestens die acht Stunden überschreitende Zeit als Bereitschaftsdienst abgeleistet wird.

(2a) ¹Die Verlängerung der werktäglichen Arbeitszeit im Sinne von Absatz 2 ist auf Fälle beschränkt, in denen sich die Leistung von Bereitschaftsdienst an einen maximal acht Stunden dauernden Arbeitsabschnitt im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit anschließt. ²Ein sich unmittelbar an den Bereitschaftsdienst anschließender Arbeitsabschnitt im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit ist beispielsweise zum Zwecke der Übergabe zulässig, sofern dieser nicht länger als 60 Minuten dauert und sich der dem Bereitschaftsdienst vorangegangene Arbeitsabschnitt entsprechend verkürzt.

(3) Die tägliche Arbeitszeit darf bei Ableistung ausschließlich von Bereitschaftsdienst an Samstagen, Sonn- und Feiertagen max. 24 Stunden betragen, wenn dadurch für den einzelnen Arzt mehr Wochenenden und Feiertage frei sind.

(4) ¹Wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Bereitschaftsdienst fällt, kann im Rahmen des § 7 Abs. 2a ArbZG und innerhalb der Grenzwerte nach Absatz 2 eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit über acht Stunden hinaus auch ohne Ausgleich erfolgen. ²Die wöchentliche Arbeitszeit darf dabei durchschnittlich bis zu 56 Stunden betragen; der Ausgleichszeitraum beträgt sechs Monate.

(5) ¹Soweit Ärzte Teilzeitarbeit gemäß § 12 vereinbart haben, verringern sich die Höchstgrenzen der wöchentlichen Arbeitszeit nach den Absätzen 2 bis 4 in demselben Verhältnis, wie die Arbeitszeit dieser Ärzte zu der regelmäßigen Arbeitszeit vollbeschäftigter Ärzte. ²Mit Zustimmung des Arztes oder aufgrund von dringenden betrieblichen Belangen kann hiervon abgewichen werden.

(6) ¹Der Arzt hat sich auf Anordnung des Arbeitgebers außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit an einer dem Arbeitgeber anzuzeigenden Stelle aufzuhalten, um auf Abruf die Arbeit aufzunehmen (Rufbereitschaft). ²Rufbereitschaft wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Arzt vom Arbeitgeber mit einem Mobiltelefon oder einem vergleichbaren technischen Hilfsmittel zur Gewährleistung der Erreichbarkeit ausgestattet wird. ³Der Arbeitgeber darf Rufbereitschaft nur anordnen, wenn erfahrungsgemäß lediglich in Ausnahmefällen Arbeit anfällt. ⁴Durch tatsächliche Arbeitsleistung innerhalb der Rufbereitschaft kann die tägliche Höchstarbeitszeit von zehn Stunden (§ 3 ArbZG) überschritten werden (§ 7 ArbZG).

(7) ¹Es dürfen je Arzt nicht mehr als fünfzehn zählbare Rufbereitschaftsdienste im Kalendermonat geplant werden. ²Abweichungen von Satz 1 sind nur ausnahmsweise möglich, wenn andernfalls die Patientensicherheit gefährdet würde.

(8) Werden sowohl Bereitschaftsdienste als auch Rufbereitschaftsdienste geleistet, dürfen je Arzt nicht mehr Dienste im Kalendermonat geplant werden als in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesen:

Anzahl der Bereitschaftsdienste (BD)	Anzahl der Rufbereitschaften (RBD)
vier bis sechs BD	sechs RBD
drei BD	neun RBD
zwei BD	zwölf RBD
bis ein BD	fünfzehn RBD

²Abweichungen von Satz 1 sind nur ausnahmsweise möglich, wenn andernfalls die Patientensicherheit gefährdet würde.

Protokollerklärung zu § 9 Absatz 7:

Zur Zählbarkeit der Rufbereitschaftsdienste gilt Protokollerklärung zu § 11 Absatz 3a entsprechend.

§ 9a Dienstplanung

(1) ¹Die Lage der Dienste der Ärztinnen und Ärzte wird in einem Dienstplan geregelt, der spätestens vier Wochen vor Beginn des jeweiligen Planungszeitraumes aufgestellt wird. ²Ergeben sich nach der Aufstellung des Dienstplanes Gründe für eine Änderung des Dienstplanes, die in der Person einer Ärztin/eines Arztes begründet sind oder die auf nicht vorhersehbaren Umständen beruhen, kann der Dienstplan nach Aufstellung geändert werden. ³Die Mitbestimmung nach der Aufstellung des Dienstplanes bleibt unberührt. ⁴Abweichende Regelungen durch Betriebsvereinbarungen sind möglich und bleiben in bestehenden Betriebsvereinbarungen unberührt.

2) Führt eine notwendige Dienstplanänderung dazu, dass ein Arzt an einem Tag, an dem für den Arzt kein Dienst (regelmäßige Arbeitszeit, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft) geplant war, einen Dienst antreten muss, erhält er einen einmaligen Zuschlag,

- a) wenn zwischen der Dienstplanänderung und dem Antritt des Dienstes weniger als 72 Stunden liegen in Höhe von 50 Euro,
 - b) wenn zwischen der Dienstplanänderung und dem Antritt des Dienstes weniger als 48 Stunden liegen in Höhe von 100 Euro,
- je tatsächlich geleistetem Dienst.

Protokollerklärung zu § 9a Abs. 2:

Beruhet die Dienstplanänderung auf einem einvernehmlichen Dienstaustausch, wird die

Zuschlagszahlung nicht ausgelöst.

§ 10 Ausgleich für Sonderformen der Arbeit

(1) ¹Der Arzt erhält neben dem Entgelt für die tatsächliche Arbeitsleistung Zeitzuschläge. ²Die Zeitzuschläge betragen – auch bei teilzeitbeschäftigten Ärzten – je Stunde

- | | |
|---|------------|
| a) für Überstunden | 15 % |
| des individuellen Stundenentgelts, | |
| b) für Sonntagsarbeit | 25 %, |
| c) bei Feiertagsarbeit | |
| ▪ ohne Freizeitausgleich | 135 %, |
| ▪ mit Freizeitausgleich | 35 %, |
| d) für Arbeit am 24. Dezember und am 31. Dezember jeweils ab 6 Uhr | 35 %, |
| des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Tabellenentgelts der Stufe 3 der jeweiligen Entgeltgruppe; bei Ärzten gemäß § 15 Buchst. c und d der höchsten tariflichen Stufe, | |
| e) für Nacharbeit | 3,00 Euro, |
| f) für Arbeit an Samstagen von 13 bis 21 Uhr, sofern diese nicht im Rahmen von Wechselschicht- oder Schichtarbeit anfällt | 0,61 Euro. |

³Beim Zusammentreffen von Zeitzuschlägen nach Satz 2 Buchst. b bis d und f wird nur der höchste Zeitzuschlag gezahlt.

Protokollerklärung zu Abs. 1 Satz 1:

Bei Überstunden richtet sich das Entgelt für die tatsächliche Arbeitsleistung nach der individuellen Stufe der jeweiligen Entgeltgruppe.

Protokollerklärung zu Abs. 1 Satz 2 Buchst. c:

¹Der Freizeitausgleich muss im Dienstplan besonders ausgewiesen und bezeichnet werden. ²Falls kein Freizeitausgleich gewährt wird, werden als Entgelt einschließlich des Zeitzuschlags und des auf den Feiertag entfallenden Tabellenentgelts höchstens 235 % gezahlt.

(2) Für Arbeitsstunden, die keine Überstunden sind und die aus betrieblichen/dienstlichen Gründen nicht innerhalb des nach § 7 Abs. 3 Satz 1 oder 2 festgelegten Zeitraums mit Freizeit ausgeglichen werden, erhält der Arzt je Stunde 100 % des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Tabellenentgelts der jeweiligen Entgeltgruppe und Stufe.

Protokollerklärung zu Absatz 2:

Mit dem Begriff „Arbeitsstunden“ sind nicht die Stunden gemeint, die im Rahmen von Gleitzeitregelungen im Sinne der Protokollerklärung zu § 7 anfallen, es sei denn, sie sind angeordnet worden.

(3) ¹Zum Zwecke der Entgeltberechnung wird die Zeit der Rufbereitschaft mit 15 % als Arbeitszeit gewertet und mit dem Entgelt für Überstunden (§ 33 Nr. 2) bezahlt. ²Für angefallene Arbeit einschließlich einer etwaigen Wegezeit wird daneben das Entgelt für Überstunden

zuzüglich etwaiger Zeitzuschläge gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 mit der Maßgabe, dass der Feiertagszuschlag 35 % beträgt, gezahlt. ³Für eine Heranziehung zur Arbeit außerhalb des Aufenthaltsortes werden mindestens drei Stunden angesetzt. ⁴Wird der Arzt während der Rufbereitschaft mehrmals zur Arbeit herangezogen, wird die Stundengarantie nur einmal, und zwar für die kürzeste Inanspruchnahme, angesetzt. ⁵Bei telefonischer Inanspruchnahme (z.B. in Form einer Auskunft) oder bei Inanspruchnahme mittels technischer Einrichtungen wird die Summe dieser Arbeitsleistungen auf die nächste halbe Stunde gerundet und mit dem Entgelt für Überstunden (§ 33 Nr. 2) zuzüglich etwaiger Zeitzuschläge gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 mit der Maßgabe, dass der Feiertagszuschlag 35 % beträgt, gezahlt. ⁶Die nach den Sätzen 3 bis 5 errechnete Arbeitszeit kann stattdessen bis zum Ende des dritten Kalendermonats auch durch entsprechende Freizeit abgegolten werden (Freizeitausgleich). ⁷Für den Freizeitausgleich ist eine angefangene halbe Stunde, die sich bei der Berechnung ergeben hat, auf eine halbe Stunde aufzurunden. ⁸Für die Zeit eines Freizeitausgleichs werden das Entgelt und die in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen fortgezahlt. ⁹Das Entgelt nach Satz 2 bis 5 entfällt, soweit entsprechende Arbeitsbefreiung erteilt wird (Freizeitausgleich). ¹⁰Sofern das Entgelt für Rufbereitschaft durch Nebenabrede zum Arbeitsvertrag gemäß § 23 Absatz 6 pauschaliert wird, ist diese Nebenabrede mit einer Frist von 3 Monaten zum Kalenderhalbjahr kündbar.

(4) ¹Beschäftigte, die ständig Wechselschichtarbeit leisten, erhalten eine Wechselschichtzulage von 100,28 Euro monatlich. ²Beschäftigte, die nicht ständig Wechselschichtarbeit leisten, erhalten eine Wechselschichtzulage von 0,61 Euro pro Stunde.

(5) ¹Beschäftigte, die ständig Schichtarbeit leisten, erhalten eine Schichtzulage von 38,20 Euro monatlich. ²Beschäftigte, die nicht ständig Schichtarbeit leisten, erhalten eine Schichtzulage von 0,23 Euro pro Stunde.

Protokollerklärung zu Absätzen 4 und 5:

Die Zulage gemäß Absatz 4 und Absatz 5 erhöht sich um denselben Vomhundertsatz wie die Entgelttabelle.

§ 11 Bereitschaftsdienstentgelt

(1) ¹Zum Zwecke der Entgeltberechnung wird die Zeit des Bereitschaftsdienstes einschließlich der geleisteten Arbeit nach dem Maß der während des Bereitschaftsdienstes erfahrungsgemäß durchschnittlich anfallenden Arbeitsleistungen wie folgt als Arbeitszeit gewertet:

Stufe	Arbeitsleistung innerhalb des Bereitschaftsdienstes	Bewertung als Arbeitszeit
I	bis zu 25 %	70 %
II	bis zu 40 %	75 %
III	mehr als 40 bis 49 %	85 %

²Die Zuweisung zu den einzelnen Stufen des Bereitschaftsdienstes erfolgt als Nebenabrede (§ 2 Abs. 3) zum Arbeitsvertrag. ³Die Nebenabrede ist abweichend von § 2 Abs. 3 Satz 2 mit einer Frist von drei Monaten jeweils zum Ende eines Kalendervierteljahres kündbar.

(2) ¹Für die als Arbeitszeit gewertete Zeit des Bereitschaftsdienstes wird jeweils das individuelle Tabellenentgelt je Stunde gezahlt. ²Zusätzlich wird auf das Stundenentgelt der nach Absatz 1 als Arbeitszeit gewerteten Stunden ein Zuschlag in Höhe von 15 % des individuellen Stundenentgelts gezahlt, der nicht durch Freizeit abgegolten werden kann.

(3) ¹Der Arzt erhält zusätzlich zu dem Entgelt nach den Absätzen 1 und 2 für jede Stunde

einen Zeitzuschlag als Prozentsatz des Stundenentgelts nach Absatz 2 wie folgt:

Für Arbeit	in Höhe von
a) an Feiertagen	25 %
b) an Sonntagen	25 %
c) an Samstagen	25 %
d) Nachtarbeit	15 %
d) am 24. Dezember und am 31. Dezember	35 %

des individuellen Stundenentgelts. ²Berechnungsgrundlage für den Zeitzuschlag gemäß Satz 1 sind die tatsächlich geleisteten (nicht faktorisierten) Stunden zu den jeweiligen Zeiten. ³Die Zeitzuschläge werden kumulativ gezahlt. ⁴Nur auf ausdrücklichen Wunsch des Arztes kann dafür Freizeitausgleich gewährt werden. ⁵Weitergehende Ansprüche auf Zeitzuschläge bestehen nicht.

(3a) ¹Es dürfen je Arzt nicht mehr, als sechs zählbare Bereitschaftsdienste im Kalendermonat geplant werden. ²Abweichungen von Satz 1 sind nur ausnahmsweise möglich, wenn anderenfalls die Patientensicherheit gefährdet würde. ^{2a}Der Zuschlag gemäß Absatz 2 Satz 2 erhöht sich für den fünften und sechsten zählbaren Bereitschaftsdienst im Monat auf 25 % des individuellen Stundenentgelts. ³Bei Überschreitung der Obergrenze nach Satz 1 erhöht sich der Zuschlag gemäß Absatz 2 Satz 2 für die im Kalendermonat überschießenden Bereitschaftsdienststunden auf 50 % des Stundensatzes. ⁴Ausnahmen können für bestimmte Arbeitszeitmodelle (z.B. im Rettungsdienst) einzelvertraglich vereinbart werden. ⁵Satz 1 findet auf Teilzeitbeschäftigte mit der Maßgabe Anwendung, dass sich die Höchstzahl der zu leistenden Bereitschaftsdienste entsprechend dem Verhältnis der individuell vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit vollzeitbeschäftigter Ärzte verringert. ⁶Verbleibt bei der Berechnung ein Bruchteil, der mindestens einen halben Dienst ergibt, wird er auf einen vollen Dienst aufgerundet; Bruchteile von weniger als einem halben Dienst bleiben unberücksichtigt.

Protokollerklärung zu Absatz 3a:

¹Zählbare Bereitschaftsdienste sind Bereitschaftsdienste (§ 9 Abs. 1 Satz 1), die mindestens eine bestimmte Anzahl von Bereitschaftsdienststunden erreichen. ²Sofern Bereitschaftsdienste im Anschluss an einen regulären Dienst (Vollarbeit) geleistet werden (Wochentagbereitschaft), müssen sie mehr als 6 Zeitstunden und sofern sie als Einzeldienst geleistet werden (Wochenend- oder Feiertagsbereitschaft) müssen sie mehr als 12 Zeitstunden umfassen. ³Kürzere Bereitschaftsdienste gelten jeweils als halber Dienst. ⁴Allein eine kurzzeitige Vollarbeit zum Zwecke der Übergabe vor Antritt des Bereitschaftsdienstes gilt nicht als regulärer Dienst im Sinne von Satz 2.

(3b) Es sollen grundsätzlich an nicht mehr als zwei Wochenenden (Freitag 21 Uhr bis Montag 5 Uhr) je Kalendermonat, höchstens jedoch an nicht mehr als sechs Wochenenden im Kalendervierteljahr Arbeitsleistungen (regelmäßige Arbeit, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft) angeordnet werden.

(4) ¹Die nach Absatz 1 errechnete Arbeitszeit kann bis zum Ende des dritten Kalendermonats auch durch entsprechende Freizeit abgegolten werden (Freizeitausgleich). ²Erfolgt Freizeitausgleich in Zeiten, zu denen gemäß §§ 5 und 7 Abs. 9 ArbZG Ruhezeit zu gewähren ist, wird abweichend von Absatz 1 und Satz 1 diese Zeit in der Bereitschaftsdienststufe III mit dem Faktor 100 Prozent, in der Bereitschaftsdienststufe II mit dem Faktor 90 Prozent und in der Bereitschaftsdienststufe I mit dem Faktor 80 Prozent als Arbeitszeit bewertet. ³Für die Zeit des Freizeitausgleichs werden das Entgelt (§ 17) und die in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen

fortgezahlt.

Protokollerklärung zu § 11 Abs. 4:

¹Freizeitausgleich für Bereitschaftsdienstarbeit ist höchstens in dem Umfang möglich, welcher der Bewertung eines Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 entspricht. ²Dienstplanmodelle dürfen nicht dazu führen, dass Freizeitausgleich für einzelne Bereitschaftsdienste zu Minusstunden führt.

Protokollerklärungen zu § 11 Abs. 4 Satz 1:

1. Bei einem Bereitschaftsdienst der Stufe III von 24 Stunden, wovon 8 Stunden während der gesetzlichen Ruhezeit ausgeglichen werden, sind 13,6 Stunden [(8 Stunden x 100 Prozent = 8 Stunden) + (16 Stunden x 85 Prozent = 13,6 Stunden) - 8 Stunden = 13,6 Stunden] mit dem Bereitschaftsdienstentgelt nach Absatz 2 zu bezahlen.
2. Bei einem Bereitschaftsdienst der Stufe II von 16 Stunden, wovon 8 Stunden während der gesetzlichen Ruhezeit ausgeglichen werden, sind 5,2 Stunden [(8 Stunden x 90 Prozent = 7,2 Stunden) + (8 Stunden x 75 Prozent = 6 Stunden) - 8 Stunden = 5,2 Stunden) mit dem Bereitschaftsdienstentgelt nach Absatz 2 zu bezahlen.
3. Bei einem Bereitschaftsdienst der Stufe I von 16 Stunden, wovon 8 Stunden während der gesetzlichen Ruhezeit ausgeglichen werden, sind 4 Stunden [(8 Stunden x 80 Prozent = 6,4 Stunden) + (8 Stunden x 70 Prozent = 5,6 Stunden) - 8 Stunden = 4 Stunden) mit dem Bereitschaftsdienstentgelt nach Absatz 2 zu bezahlen.

§ 11a Krankheit bei Freizeitausgleich

¹Unverschuldete und ärztlich attestierte Arbeitsunfähigkeit führt bei geplantem Freizeitausgleich nicht zur Reduzierung von Zeitguthaben in folgenden Fällen:

- a) Abbau von Guthaben aus Überstunden- und Mehrarbeit,
- b) Abbau von Guthaben aus tatsächlich geleisteten Bereitschaftsdiensten, ausgenommen der Freizeitausgleich während der Ruhezeit gemäß § 5 und § 7 Abs. 9 ArbZG.

²Abweichende Regelungen in Betriebsvereinbarungen sind zulässig, hierzu bereits bestehende Betriebsvereinbarungen bleiben unberührt.

§ 12 Teilzeitbeschäftigung

(1) ¹Mit Ärzten soll auf Antrag eine geringere als die vertraglich festgelegte Arbeitszeit vereinbart werden, wenn sie

- a) mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder
- b) einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen

tatsächlich betreuen oder pflegen und dringende dienstliche bzw. betriebliche Belange nicht entgegenstehen. ²Die Teilzeitbeschäftigung nach Satz 1 ist auf Antrag auf bis zu fünf Jahre zu befristen. ³Sie kann verlängert werden; der Antrag ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der vereinbarten Teilzeitbeschäftigung zu stellen. ⁴Bei der Gestaltung der Arbeitszeit hat der Arbeitgeber im Rahmen der dienstlichen bzw. betrieblichen Möglichkeiten der besonderen persönlichen Situation des Arztes nach Satz 1 Rechnung zu tragen.

(2) Ärzte, die in anderen als den in Absatz 1 genannten Fällen eine Teilzeitbeschäftigung vereinbaren wollen, können von ihrem Arbeitgeber verlangen, dass er mit ihnen die Möglichkeit

einer Teilzeitbeschäftigung mit dem Ziel erörtert, zu einer entsprechenden Vereinbarung zu gelangen.

(3) Ist mit früher vollbeschäftigten Ärzten auf ihren Wunsch eine nicht befristete Teilzeitbeschäftigung vereinbart worden, sollen sie bei späterer Besetzung eines Vollzeit Arbeitsplatzes bei gleicher Eignung im Rahmen der dienstlichen bzw. betrieblichen Möglichkeiten bevorzugt berücksichtigt werden.

§ 13 Arbeitszeitdokumentation

Die Arbeitszeiten der Ärzte sind durch elektronische Verfahren oder auf andere Art in geeigneter Weise objektiv zu erfassen und zu dokumentieren.

Protokollerklärung zu Abschnitt §§ 7 bis 13:

Bei Inkrafttreten dieses Tarifvertrages bestehende Gleizeitregelungen bleiben unberührt.

§ 14 Allgemeine Eingruppierungsregelungen

(1) ¹Die Eingruppierung der Ärzte richtet sich nach den Tätigkeitsmerkmalen des § 15. ²Der Arzt erhält Entgelt nach der Entgeltgruppe, in der er eingruppiert ist.

(2) ¹Der Arzt ist in der Entgeltgruppe eingruppiert, deren Tätigkeitsmerkmalen die gesamte von ihm nicht nur vorübergehend auszuübende Tätigkeit entspricht. ²Die gesamte auszuübende Tätigkeit entspricht den Tätigkeitsmerkmalen einer Entgeltgruppe, wenn zeitlich mindestens zur Hälfte Arbeitsvorgänge anfallen, die für sich genommen die Anforderungen eines Tätigkeitsmerkmals oder mehrerer Tätigkeitsmerkmale dieser Entgeltgruppe erfüllen. ³Kann die Erfüllung einer Anforderung in der Regel erst bei der Betrachtung mehrerer Arbeitsvorgänge festgestellt werden, sind diese Arbeitsvorgänge für die Feststellung, ob diese Anforderung erfüllt ist, insoweit zusammen zu beurteilen. ⁴Ist in einem Tätigkeitsmerkmal als Anforderung eine Voraussetzung in der Person des Arztes bestimmt, muss auch diese Anforderung erfüllt sein.

Protokollerklärung zu § 14 Abs. 2

Arbeitsvorgänge sind Arbeitsleistungen (einschließlich Zusammenhangersarbeiten), die, bezogen auf den Aufgabenkreis des Arztes, zu einem bei natürlicher Betrachtung abgrenzbaren Arbeitsergebnis führen (z.B. Erstellung eines EKG). Jeder einzelne Arbeitsvorgang ist als solcher zu bewerten und darf dabei hinsichtlich der Anforderungen zeitlich nicht aufgespaltet werden.

(3) Die Entgeltgruppe des Arztes ist im Arbeitsvertrag anzugeben.

§ 15 Eingruppierung

Die Ärzte sind wie folgt eingruppiert:

- a) Entgeltgruppe I:
Arzt
- b) Entgeltgruppe II:
Facharzt mit entsprechender Tätigkeit

Protokollerklärung zu Buchst. b:

Die Voraussetzungen für die Eingruppierung als Facharzt mit entsprechender Tätigkeit sind bei Vorliegen der Facharztanerkennung und überwiegender Tätigkeit in seinem Fachgebiet erfüllt. Weiterer Voraussetzungen bedarf es nicht.

- c) Entgeltgruppe III:
Oberarzt (§ 33 Nr. 6)

Protokollerklärung zu Buchst. c:

Oberarzt ist derjenige Arzt, dem die medizinische Verantwortung für selbstständige Teil- oder Funktionsbereiche der Klinik bzw. Abteilung vom Arbeitgeber ausdrücklich übertragen worden ist.

- d) Entgeltgruppe IV:
Leitender Oberarzt (§ 33 Nr. 3).

Protokollerklärung zu Buchst. d:

¹Leitender Oberarzt, ist derjenige Arzt, dem die ständige Vertretung des leitenden Arztes (Chefarzt) vom Arbeitgeber ausdrücklich übertragen worden ist. ²Leitender Oberarzt ist nur derjenige Arzt, der den leitenden Arzt in der Gesamtheit seiner Dienstaufgaben vertritt. ³Das Tätigkeitsmerkmal kann daher innerhalb einer Klinik in der Regel nur von einem Arzt erfüllt werden.

§ 16 Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit

(1) Wird dem Arzt vorübergehend eine andere Tätigkeit übertragen, die den Tätigkeitsmerkmalen einer höheren als seiner Eingruppierung entspricht, und hat er diese mindestens einen Monat ausgeübt, erhält er für die Dauer der Ausübung eine persönliche Zulage rückwirkend ab dem ersten Tag der Übertragung der Tätigkeit.

(2) Die persönliche Zulage bemisst sich für Ärzte, die in eine der Entgeltgruppen I bis III eingruppiert sind, aus dem Unterschiedsbetrag zu dem Tabellenentgelt, das sich für den Arzt bei dauerhafter Übertragung nach § 19 Abs. 3 ergeben hätte.

§ 17 Tabellenentgelt

(1) ¹Der Arzt erhält monatlich ein Tabellenentgelt (Anlage). ²Die Höhe bestimmt sich nach der Entgeltgruppe, in die er eingruppiert ist, und nach der für ihn geltenden Stufe.

(2) Für Ärzte gemäß § 15 Buchst. c und d ist die Vereinbarung eines außertariflichen Entgelts jeweils nach Ablauf einer angemessenen, in der letzten tariflich ausgewiesenen Stufe verbrachten Zeit zulässig.

§ 18 Stufen der Entgelttabelle

(1) Ärzte erreichen die jeweils nächste Stufe nach den Zeiten einer Tätigkeit innerhalb derselben Entgeltgruppe bei ihrem Arbeitgeber (Stufenlaufzeit) und zwar in

- a) Entgeltgruppe I

- Stufe 2: nach einjähriger ärztlicher Tätigkeit,
- Stufe 3: nach zweijähriger ärztlicher Tätigkeit,
- Stufe 4: nach dreijähriger ärztlicher Tätigkeit und
- Stufe 5: nach vierjähriger ärztlicher Tätigkeit,

b) Entgeltgruppe II

- Stufe 2: nach dreijähriger fachärztlicher Tätigkeit,
- Stufe 3: nach sechsjähriger fachärztlicher Tätigkeit,
- Stufe 4: nach achtjähriger fachärztlicher Tätigkeit,
- Stufe 5: nach zehnjähriger fachärztlicher Tätigkeit und
- Stufe 6: nach vierzehnjähriger fachärztlicher Tätigkeit,

c) Entgeltgruppe III

- Stufe 2: nach dreijähriger oberärztlicher Tätigkeit
- Stufe 3: nach achtjähriger oberärztlicher Tätigkeit,

d) Entgeltgruppe IV

- Stufe 2: nach fünfjähriger Tätigkeit als leitender Oberarzt.

Protokollerklärung:

Für die Zuordnung von Oberärzten und leitenden Oberärzten zu den neuen Stufen III/3 und IV/2 werden auch die vor dem Inkrafttreten dieses Tarifvertrags bei demselben Arbeitgeber in der jeweiligen Entgeltgruppe zurückgelegten Zeiten berücksichtigt.

(2) ¹Bei der Anrechnung von Vorbeschäftigungen werden in der Entgeltgruppe I Zeiten ärztlicher Tätigkeit angerechnet. ²Eine Tätigkeit als Arzt im Praktikum gilt als ärztliche Tätigkeit. ³In der Entgeltgruppe II werden Zeiten fachärztlicher Tätigkeit in der Regel angerechnet. ⁴Zeiten einer vorhergehenden beruflichen Tätigkeit können angerechnet werden, wenn sie für die vorgesehene Tätigkeit förderlich sind.

Protokollerklärung zu Absatz 2:

Zeiten ärztlicher Tätigkeit im Sinne der Sätze 1 bis 3, die im Ausland abgeleistet worden sind, sind nur solche, die von einer Ärztekammer im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland als der inländischen ärztlichen Tätigkeit gleichwertig anerkannt werden.

§ 19 Allgemeine Regelungen zu den Stufen

(1) Ärzte erhalten vom Beginn des Monats an, in dem die nächste Stufe erreicht wird, das Tabellenentgelt nach der neuen Stufe.

(2) ¹Den Zeiten einer ärztlichen Tätigkeit im Sinne des § 18 Abs. 1 stehen gleich:

- a) Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz,
- b) Zeiten einer Arbeitsunfähigkeit nach § 21 bis zu 39 Wochen,
- c) Zeiten eines bezahlten Urlaubs,
- d) Zeiten eines Sonderurlaubs, bei denen der Arbeitgeber vor dem Antritt schriftlich ein dienstliches bzw. betriebliches Interesse anerkannt hat,
- e) Zeiten der vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit.

²Zeiten, in denen Ärzte mit einer kürzeren als der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden Vollbeschäftigten beschäftigt waren, werden voll angerechnet.

(3) Bei einer Eingruppierung in eine höhere oder niedrigere Entgeltgruppe erhält der Arzt vom Beginn des Monats an, in dem die Veränderung wirksam wird, das Tabellenentgelt der sich aus § 18 Abs. 1 ergebenden Stufe.

§ 20 Bemessungsgrundlage für die Entgeltfortzahlung

¹In den Fällen der Entgeltfortzahlung nach § 7 Abs. 4 Satz 1, § 21 Abs. 1, § 25, § 26 und § 28 werden das Tabellenentgelt sowie die sonstigen in Monatsbeträgen festgelegten Entgeltbestandteile weitergezahlt. ²Die nicht in Monatsbeträgen festgelegten Entgeltbestandteile werden als Durchschnitt auf Basis der dem maßgebenden Ereignis für die Entgeltfortzahlung vorhergehenden letzten drei vollen Kalendermonate (Berechnungszeitraum) gezahlt. ³Ausgenommen hiervon sind das zusätzlich für Überstunden gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Überstunden) sowie besondere Zahlungen nach § 22.

Protokollerklärungen zu den Sätzen 2 und 3:

1. ¹Volle Kalendermonate im Sinne der Durchschnittsberechnung nach Satz 2 sind Kalendermonate, in denen an allen Kalendertagen das Arbeitsverhältnis bestanden hat. ²Hat das Arbeitsverhältnis weniger als drei Kalendermonate bestanden, sind die vollen Kalendermonate, in denen das Arbeitsverhältnis bestanden hat, zugrunde zu legen. ³Bei Änderungen der individuellen Arbeitszeit werden die nach der Arbeitszeitänderung liegenden vollen Kalendermonate zugrunde gelegt.
2. ¹Der Tagesdurchschnitt nach Satz 2 beträgt bei einer durchschnittlichen Verteilung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage $1/65$ aus der Summe der zu berücksichtigenden Entgeltbestandteile, die für den Berechnungszeitraum zugestanden haben. ²Maßgebend ist die Verteilung der Arbeitszeit zu Beginn des Berechnungszeitraums. ³Bei einer abweichenden Verteilung der Arbeitszeit ist der Tagesdurchschnitt entsprechend Satz 1 und 2 zu ermitteln. ⁴Sofern während des Berechnungszeitraums bereits Fortzahlungstatbestände vorlagen, bleiben die in diesem Zusammenhang auf Basis der Tagesdurchschnitte zustehenden Beträge bei der Ermittlung des Durchschnitts nach Satz 2 unberücksichtigt.
3. Tritt die Fortzahlung des Entgelts nach einer allgemeinen Entgeltanpassung ein, ist der Arzt so zu stellen, als sei die Entgeltanpassung bereits mit Beginn des Berechnungszeitraums eingetreten.

§ 21 Entgelt im Krankheitsfall

(1) ¹Werden Ärzte durch Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit an der Arbeitsleistung verhindert, ohne dass sie ein Verschulden trifft, erhalten sie bis zur Dauer von sechs Wochen das Entgelt nach § 20. ²Bei erneuter Arbeitsunfähigkeit infolge derselben Krankheit sowie bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses gelten die gesetzlichen Bestimmungen. ³Als unverschuldete Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Sätze 1 und 2 gilt auch die Arbeitsverhinderung in Folge einer Maßnahme der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation im Sinne von § 9 EFZG.

Protokollerklärung zu Absatz 1 Satz 1:

Ein Verschulden liegt nur dann vor, wenn die Arbeitsunfähigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde.

(2) ¹Nach Ablauf des Zeitraums gemäß Absatz 1 erhalten die Ärzte für die Zeit, für die ihnen Krankengeld oder entsprechende gesetzliche Leistungen gezahlt werden, einen Krankengeldzuschuss in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen den tatsächlichen Barleistungen des

Sozialleistungsträgers und dem Nettoentgelt. ²Nettoentgelt ist das um die gesetzlichen Abzüge verminderte Entgelt im Sinne des § 20; bei freiwillig Krankenversicherten ist dabei deren Gesamtkranken- und Pflegeversicherungsbeitrag abzüglich Arbeitgeberzuschuss zu berücksichtigen. ³Für Ärzte, die wegen Übersteigens der Jahresarbeitsentgeltgrenze nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung unterliegen, ist bei der Berechnung des Krankengeldzuschusses der Krankengeldhöchstsatz, der bei Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung zustünde, zugrunde zu legen.

(3) ¹Der Krankengeldzuschuss wird bei einer Beschäftigungszeit (§ 30 Absatz 2)

a) von mehr als einem Jahr längstens bis zum Ende der 13. Woche und

b) von mehr als drei Jahren längstens bis zum Ende der 39. Woche

seit dem Beginn der Arbeitsunfähigkeit infolge derselben Krankheit gezahlt. ²Maßgeblich für die Berechnung der Fristen nach Satz 1 ist die Beschäftigungszeit, die im Laufe der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit vollendet wird.

(4) ¹Entgelt im Krankheitsfall wird nicht über das Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus gezahlt; § 8 EFZG bleibt unberührt. ²Krankengeldzuschuss wird zudem nicht über den Zeitpunkt hinaus gezahlt, von dem an Ärzte eine Rente oder eine vergleichbare Leistung auf Grund eigener Versicherung aus der gesetzlichen Rentenversicherung, einem berufsständischen Versorgungswerk der Ärzte/ Zahnärzte, aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung oder aus einer sonstigen Versorgungseinrichtung erhalten, die nicht allein aus Mitteln der Ärzte finanziert ist. ³Überzahlter Krankengeldzuschuss und sonstige Überzahlungen gelten als Vorschuss auf die in demselben Zeitraum zustehenden Leistungen nach Satz 2; die Ansprüche der Ärzte gehen insoweit auf den Arbeitgeber über. ⁴Der Arbeitgeber kann von der Rückforderung des Teils des überzahlten Betrags, der nicht durch die für den Zeitraum der Überzahlung zustehenden Bezüge im Sinne des Satzes 2 ausgeglichen worden ist, absehen, es sei denn, der Arzt hat dem Arbeitgeber die Zustellung des Rentenbescheids schuldhaft verspätet mitgeteilt.

§ 22 Besondere Zahlungen

(1) ¹Nach Maßgabe des Vermögensbildungsgesetzes in seiner jeweiligen Fassung haben Ärzte, deren Arbeitsverhältnis voraussichtlich mindestens sechs Monate dauert, einen Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen. ²Für vollbeschäftigte Ärzte beträgt die vermögenswirksame Leistung für jeden vollen Kalendermonat 6,65 Euro. ³Der Anspruch entsteht frühestens für den Kalendermonat, in dem der Arzt dem Arbeitgeber die erforderlichen Angaben schriftlich mitteilt, und für die beiden vorangegangenen Monate desselben Kalenderjahres; die Fälligkeit tritt nicht vor acht Wochen nach Zugang der Mitteilung beim Arbeitgeber ein. ⁴Die vermögenswirksame Leistung wird nur für Kalendermonate gewährt, für die dem Arzt Tabellenentgelt, Entgeltfortzahlung oder Krankengeldzuschuss zusteht. ⁵Für Zeiten, für die Krankengeldzuschuss zusteht, ist die vermögenswirksame Leistung Teil des Krankengeldzuschusses. ⁶Der Anspruch nach Satz 1 bleibt erhalten, wenn der Geldbetrag anstatt zur Vermögensbildung zur Altersvorsorge gemäß § 24a verwendet wird.

(2) ¹Die Ärzte erhalten ein Jubiläumsgeld bei Vollendung einer Beschäftigungszeit (§ 30 Absatz 2)

a) von 25 Jahren in Höhe von 350 Euro,

b) von 40 Jahren in Höhe von 500 Euro.

²Teilzeitbeschäftigte Ärzte erhalten das Jubiläumsgeld in voller Höhe.

(3) ¹Beim Tod eines Arztes, dessen Arbeitsverhältnis nicht geruht hat, wird dem Ehegatten oder dem Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder den Kindern ein

Sterbegeld gewährt. ²Als Sterbegeld wird für die restlichen Tage des Sterbemonats und – in einer Summe – für zwei weitere Monate das Tabellenentgelt des Verstorbenen gezahlt. ³Die Zahlung des Sterbegeldes an einen der Berechtigten bringt den Anspruch der Übrigen gegenüber dem Arbeitgeber zum Erlöschen; die Zahlung auf das Gehaltskonto hat befreiende Wirkung.

§ 23 Berechnung und Auszahlung des Entgelts

(1) ¹Bemessungszeitraum für das Tabellenentgelt und die sonstigen Entgeltbestandteile ist der Kalendermonat, soweit tarifvertraglich nicht ausdrücklich etwas Abweichendes geregelt ist. ²Die Zahlung erfolgt am letzten Tag des Monats (Zahltag) für den laufenden Kalendermonat auf ein vom Arzt benanntes Konto innerhalb eines Mitgliedstaats der Europäischen Union. ³Entgeltbestandteile, die nicht in Monatsbeträgen festgelegt sind, sowie der Tagesdurchschnitt nach § 20, sind am Zahltag des zweiten Kalendermonats, der auf ihre Entstehung folgt, fällig.

Protokollerklärungen zu Absatz 1:

Teilen Ärzte dem Arbeitgeber die für eine kostenfreie bzw. kostengünstigere Überweisung in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erforderlichen Angaben nicht rechtzeitig mit, so tragen sie die dadurch entstehenden zusätzlichen Überweisungskosten.

(2) Soweit tarifvertraglich nicht ausdrücklich etwas anderes geregelt ist, erhalten teilzeitbeschäftigte Ärzte das Tabellenentgelt (§ 17) und alle sonstigen Entgeltbestandteile in dem Umfang, der dem Anteil ihrer individuell vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit an der regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Ärzte entspricht.

(3) ¹Besteht der Anspruch auf das Tabellenentgelt oder die sonstigen Entgeltbestandteile nicht für alle Tage eines Kalendermonats, wird nur der Teil gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt. ²Besteht nur für einen Teil eines Kalendertags Anspruch auf Entgelt, wird für jede geleistete dienstplanmäßige oder betriebsübliche Arbeitsstunde der auf eine Stunde entfallende Anteil des Tabellenentgelts sowie der sonstigen in Monatsbeträgen festgelegten Entgeltbestandteile gezahlt. ³Zur Ermittlung des auf eine Stunde entfallenden Anteils sind die in Monatsbeträgen festgelegten Entgeltbestandteile durch das 4,348-fache der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit (§ 7 Abs. 1 und entsprechende Sonderregelungen) zu teilen.

(4) ¹Ergibt sich bei der Berechnung von Beträgen ein Bruchteil eines Cents von mindestens 0,5, ist er aufzurunden; ein Bruchteil von weniger als 0,5 ist abzurunden. ²Zwischenrechnungen werden jeweils auf zwei Dezimalstellen durchgeführt. ³Jeder Entgeltbestandteil ist einzeln zu runden.

(5) Entfallen die Voraussetzungen für eine Zulage im Laufe eines Kalendermonats, gilt Absatz 3 entsprechend.

(6) Einzelvertraglich können neben dem Tabellenentgelt zustehende Entgeltbestandteile (z.B. Zeitzuschläge, Erschwerniszuschläge) pauschaliert werden.

§ 24 Betriebliche Altersversorgung

¹Die Ärzte haben Anspruch auf Versicherung unter eigener Beteiligung zum Zwecke einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe eines gesonderten Tarifvertrages. ²Der Zusatzversorgungspflicht unterliegt ausschließlich das Tabellenentgelt, andere Entgeltbestandteile sind nicht Zusatzversorgungspflichtig. ³Die Eigenbeiträge der Ärztinnen und Ärzte zur Zusatzversorgungskasse (ZVK) betragen 4,4 Prozent des jeweiligen

monatlichen Tabellenentgeltes.

Protokollerklärung: [obsolet]

§ 24a Entgeltumwandlung

(1) ¹Der Arzt kann verlangen, dass zum Zwecke der zusätzlichen betrieblichen Altersvorsorge im Sinne des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG) von seinen künftigen Entgeltansprüchen bis zu 4 % der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Entgeltumwandlung verwendet werden. ²Im gegenseitigen Einvernehmen, kann vereinbart werden, dass ein den Höchstbetrag nach Satz 1 übersteigender Betrag umgewandelt wird. ³Der für ein Kalenderjahr umzuwandelnde Entgeltbetrag muss mindestens 1/160 der Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV erreichen.

(2) ¹Der Anspruch auf Entgeltumwandlung ist mindestens einen Monat vor dem beabsichtigten Beginn schriftlich gegenüber dem Arbeitgeber geltend zu machen. ²Der Arzt ist an seine Erklärung mindestens für den Zeitraum eines Jahres gebunden.

(3) ¹Die Entscheidung über die Auswahl des Durchführungsweges für die betriebliche Altersvorsorge im Rahmen der Entgeltumwandlung trifft der Arbeitgeber. ²Neben bereits bestehenden Angeboten kann der Arzt im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber die Entgeltumwandlung über den Branchenstandard „Klinikrente“ in den Durchführungswegen Direktversicherung, Pensionskasse oder - sofern vom Arbeitgeber angeboten - Unterstützungskasse durchführen. ³Im Übrigen sind die Regelungen des BetrAVG und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Versicherers für den jeweiligen Durchführungsweg zu beachten.

§ 25 Erholungsurlaub

(1) ¹Ärzte haben in jedem Kalenderjahr Anspruch auf Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Entgelts (§ 20). ²Bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage je Kalenderwoche beträgt die Dauer des Erholungsurlaubs 30 Arbeitstage im Kalenderjahr. ³Bei einer anderen Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit als auf fünf Tage in der Woche erhöht oder vermindert sich der Urlaubsanspruch entsprechend. ⁴Verbleibt bei der Berechnung des Urlaubs ein Bruchteil, der mindestens einen halben Urlaubstag ergibt, wird er auf einen vollen Urlaubstag aufgerundet; Bruchteile von weniger als einem halben Urlaubstag bleiben unberücksichtigt. ⁵Der Erholungsurlaub muss im laufenden Kalenderjahr gewährt und kann auch in Teilen genommen werden.

Protokollerklärung zu § 25 Absatz 1:

Der Urlaub soll grundsätzlich zusammenhängend gewährt werden; dabei soll ein Urlaubsteil von zwei Wochen Dauer angestrebt werden.

(2) Im Übrigen gilt das Bundesurlaubsgesetz mit folgenden Maßgaben:

- a) Im Falle der Übertragung muss der Erholungsurlaub in den ersten drei Monaten des folgenden Kalenderjahres angetreten werden. Kann der Erholungsurlaub wegen Arbeitsunfähigkeit oder aus betrieblichen/ dienstlichen Gründen nicht bis zum 31. März angetreten werden, ist er bis zum 31. Mai anzutreten.
- b) Beginnt oder endet das Arbeitsverhältnis im Laufe eines Jahres, erhält der Arzt als Erholungsurlaub für jeden vollen Monat des Arbeitsverhältnisses ein Zwölftel des Urlaubsanspruchs nach Absatz 1; § 5 BUrlG bleibt unberührt.
- c) Ruht das Arbeitsverhältnis, so vermindert sich die Dauer des Erholungsurlaubs einschließlich eines etwaigen Zusatzurlaubs für jeden vollen Kalendermonat um ein Zwölftel.

- d) Das nach Absatz 1 Satz 1 fort zu zahlende Entgelt wird zu dem in § 23 genannten Zeitpunkt gezahlt.

§ 26 Zusatzurlaub

(1) Ärzte, die ständig Wechselschichtarbeit (§ 33 Nr. 12) oder ständig Schichtarbeit (§ 33 Nr. 8) leisten und denen die Zulage nach § 10 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 Satz 1 zusteht, erhalten

a) bei Wechselschichtarbeit für je zwei zusammenhängende Monate und

b) bei Schichtarbeit für je vier zusammenhängende Monate

einen Arbeitstag Zusatzurlaub.

(2) Im Falle nicht ständiger Wechselschichtarbeit und nicht ständiger Schichtarbeit soll bei annähernd gleicher Belastung die Gewährung zusätzlicher Urlaubstage durch Betriebsvereinbarung geregelt werden.

Fassung bis zum 31.12.2025:

(3) ¹Ärzte erhalten bei einer Leistung im Kalenderjahr von mindestens

150 Nachtarbeitsstunden	1 Arbeitstag
300 Nachtarbeitsstunden	2 Arbeitstage
450 Nachtarbeitsstunden	3 Arbeitstage
600 Nachtarbeitsstunden	4 Arbeitstage

Zusatzurlaub im Kalenderjahr. ²Nachtarbeitsstunden, die in Zeiträumen geleistet werden, für die Zusatzurlaub für Wechselschicht- oder Schichtarbeit zusteht, bleiben unberücksichtigt.

(3a) ¹Der Arzt erhält für die Zeit der Bereitschaftsdienste in den Nachtstunden (§ 33 Nr. 5) einen Zusatzurlaub in Höhe von einem Arbeitstag pro Kalenderjahr, sofern er im Kalenderjahr mindestens 144 Stunden Bereitschaftsdienst in der Zeit zwischen 21:00 bis 06:00 Uhr geleistet hat und von einem weiteren Arbeitstag pro Kalenderjahr, sofern er im Kalenderjahr mindestens 288 Stunden Bereitschaftsdienst in der Zeit zwischen 21:00 bis 06:00 Uhr geleistet hat.

²Absatz 3 Satz 2 und § 25 Abs. 1 Satz 4 gelten entsprechend.

Fassung ab 1.1.2026

(3) ¹Ärzte erhalten bei einer Leistung im Kalenderjahr von mindestens

150 Nachtarbeitsstunden	1 Arbeitstag
300 Nachtarbeitsstunden	2 Arbeitstage
450 Nachtarbeitsstunden	3 Arbeitstage
600 Nachtarbeitsstunden	4 Arbeitstage
750 Nachtarbeitsstunden	5 Arbeitstage

Zusatzurlaub im Kalenderjahr. ²Nachtarbeitsstunden, die in Zeiträumen geleistet werden, für die Zusatzurlaub für Wechselschicht- oder Schichtarbeit zusteht, bleiben unberücksichtigt.

³Nachtarbeit im Sinne von Satz 1 sind auch die im Bereitschaftsdienst in der Zeit von 21 bis 6 Uhr geleisteten Stunden. ⁴Als Nachtarbeit im Sinne von Satz 1 gilt auch die Zeit der Rufbereitschaft zwischen 21 und 6 Uhr mit der Maßgabe, dass diese Stunden (Passivstunden) zu 25 % angerechnet werden; Zeiten der Inanspruchnahme während der Rufbereitschaft zwischen 21 und 6 Uhr werden zu 100 % berücksichtigt.

[Absatz 3a gestrichen.]

(4) ¹Zusatzurlaub nach diesem Tarifvertrag und sonstigen Bestimmungen mit Ausnahme von § 125 SGB IX wird nur bis zu insgesamt sechs Arbeitstagen im Kalenderjahr gewährt. ²Erholungsurlaub und Zusatzurlaub (Gesamturlaub) dürfen im Kalenderjahr zusammen 35 Arbeitstage, bei Zusatzurlaub wegen Wechselschichtarbeit 36 Tage, nicht überschreiten. ³Bei Ärztinnen und Ärzten, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, gilt abweichend von Satz 2 eine Höchstgrenze von 36 Arbeitstagen; § 25 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(5) Im Übrigen gilt § 25 mit Ausnahme von Abs. 2 Buchst. b entsprechend.

Protokollerklärung zu § 26 (Fassung bis 31.12.2025):

¹Bemessungszeitraum für den Anspruch auf Zusatzurlaub ist das jeweils vorangegangene Kalenderjahr. ²Für die Feststellung, ob ständige Wechselschichtarbeit oder ständige Schichtarbeit vorliegt, ist eine Unterbrechung durch Arbeitsbefreiung, Freizeitausgleich, bezahlten Urlaub oder Arbeitsunfähigkeit in den Grenzen des § 21 unschädlich.

Protokollerklärungen zu § 26 (Fassung ab 1.1.2026):

- ¹Bemessungszeitraum für den Anspruch auf Zusatzurlaub sind die im laufenden Jahr geleisteten Nachtstunden bzw. die im laufenden Jahr geleistete Wechselschicht- oder Schichtarbeit, sobald die Voraussetzungen nach Absatz 1 bis 3 erfüllt sind. ²Für die Feststellung, ob ständige Wechselschichtarbeit oder ständige Schichtarbeit vorliegt, ist eine Unterbrechung durch Arbeitsbefreiung, Freizeitausgleich, bezahlten Urlaub oder Arbeitsunfähigkeit in den Grenzen des § 21 unschädlich. ³Am Jahresende verbleibende Nachtarbeitsstunden gehen in die Bemessungsgrundlage für das nächste Kalenderjahr über; sie begründen keinen etwaigen Anspruch auf Urlaubsabgeltung.
- ¹Ärzte, die im Kalenderjahr 2026 aufgrund der geänderten Bemessungsgrundlage für den Zusatzurlaub weniger Zusatzurlaub erhalten würden als nach der bis zum 31.12.2025 geltenden Bemessungsgrundlage, erhalten den Zusatzurlaub aufgrund der im Kalenderjahr 2025 geleisteten Schicht-/Wechselschichtarbeit bzw. Nachtarbeitsstunden (Günstigkeitsklausel). ²Änderungen der individuellen Arbeitszeit mit der Folge, dass sich die Arbeit im Kalenderjahr 2026 regelmäßig auf mehr oder weniger Arbeitstage, als im Kalenderjahr 2025 verteilt, sind gemäß § 25 Abs. 1 Satz 3 zu berücksichtigen.

§ 27 Sonderurlaub

Ärzte können bei Vorliegen eines wichtigen Grundes unter Verzicht auf die Fortzahlung des Entgelts Sonderurlaub erhalten.

§ 28 Arbeitsbefreiung

(1) ¹Als Fälle nach § 616 BGB, in denen Ärzte unter Fortzahlung des Entgelts nach § 20 im nachstehend genannten Ausmaß von der Arbeit freigestellt werden, gelten nur die folgenden Anlässe:

- a) Niederkunft der Ehefrau/der Lebenspartnerin
im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes ein Arbeitstag,

- | | |
|---|--|
| b) Tod des Ehegatten/des Lebenspartners im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes, eines Kindes oder Elternteils | zwei Arbeitstage, |
| c) Umzug aus dienstlichem oder betrieblichem Grund an einen anderen Ort | ein Arbeitstag, |
| d) 25- und 40-jähriges Arbeitsjubiläum | ein Arbeitstag, |
| e) schwere Erkrankung | |
| aa) eines Angehörigen, soweit er in demselben Haushalt lebt, | ein Arbeitstag im Kalenderjahr, |
| bb) eines Kindes, das das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wenn im laufenden Kalenderjahr kein Anspruch nach § 45 SGB V besteht oder bestanden hat, | bis zu vier Arbeitstage im Kalenderjahr, |
| cc) einer Betreuungsperson, wenn Ärzte deshalb die Betreuung ihres Kindes, das das 8. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung dauernd pflegebedürftig ist, übernehmen muss, | bis zu vier Arbeitstage im Kalenderjahr. |
| <p>²Eine Freistellung erfolgt nur, soweit eine andere Person zur Pflege oder Betreuung nicht sofort zur Verfügung steht und der behandelnde Arzt in den Fällen der Doppelbuchstaben aa und bb die Notwendigkeit der Anwesenheit des Arztes zur vorläufigen Pflege bescheinigt. ³Die Freistellung darf insgesamt fünf Arbeitstage im Kalenderjahr nicht überschreiten.</p> | |
| f) Ärztliche Behandlung des Arztes, wenn diese während der Arbeitszeit erfolgen muss, | erforderliche nachgewiesene Abwesenheitszeit einschließlich erforderlicher Wegezeiten. |

(2) ¹Bei Erfüllung allgemeiner staatsbürgerlicher Pflichten nach deutschem Recht, soweit die Arbeitsbefreiung gesetzlich vorgeschrieben ist und soweit die Pflichten nicht außerhalb der Arbeitszeit, gegebenenfalls nach ihrer Verlegung, wahrgenommen werden können, besteht der Anspruch auf Fortzahlung des Entgelts nach § 20 nur insoweit, wie der Arzt nicht Ansprüche auf Ersatz des Entgelts geltend machen kann. ²Das fortgezahlte Entgelt gilt in Höhe des Ersatzanspruchs als Vorschuss auf die Leistungen der Kostenträger. ³Der Arzt hat den Ersatzanspruch geltend zu machen und die erhaltenen Beträge an den Arbeitgeber abzuführen.

(3) ¹Der Arbeitgeber kann in sonstigen dringenden Fällen Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Entgelts nach § 20 bis zu drei Arbeitstagen gewähren. ²In begründeten Fällen kann bei Verzicht auf das Entgelt kurzfristige Arbeitsbefreiung gewährt werden, wenn die dienstlichen oder betrieblichen Verhältnisse es gestatten.

Protokollerklärung zu Abs. 3 Satz 2:

Zu den „begründeten Fällen“ können auch solche Anlässe gehören, für die nach Absatz 1 kein Anspruch auf Arbeitsbefreiung besteht (z.B. Umzug aus persönlichen Gründen).

(4) ¹Zur Teilnahme an Tagungen kann den gewählten Vertretern des Landesvorstandes sowie der Hauptversammlung auf Anfordern des Marburger Bundes Arbeitsbefreiung bis zu acht Werktagen im Jahr unter Fortzahlung des Entgelts nach § 20 erteilt werden, sofern nicht dringende dienstliche oder betriebliche Interessen entgegenstehen. ²Zur Teilnahme an Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber kann auf Anfordern des Marburger Bundes Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Entgelts nach § 20 ohne zeitliche Begrenzung erteilt werden.

(5) Zur Teilnahme an Sitzungen von Prüfungs- und von Berufsbildungsausschüssen nach dem Berufsbildungsgesetz, für eine Tätigkeit in Organen von Sozialversicherungsträgern sowie berufsständischer Versorgungswerke für Ärzte/Zahnärzte kann den Mitgliedern Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Entgelts nach § 20 gewährt werden, sofern nicht dringende dienstliche oder betriebliche Interessen entgegenstehen.

§ 29 Beendigung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung

(1) Das Arbeitsverhältnis endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf,

- a) mit Ablauf des Monats, in dem der Arzt das gesetzlich festgelegte Alter zum Erreichen einer ungeminderten Altersrente vollendet hat,
- b) jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen (Auflösungsvertrag).

(2) ¹Das Arbeitsverhältnis endet ferner mit Ablauf des Monats, in dem der Bescheid eines Rentenversicherungsträgers (Rentenbescheid) oder eines berufsständischen Versorgungswerks für Ärzte/ Zahnärzte zugestellt wird, wonach der Arzt voll oder teilweise erwerbsgemindert ist. ²Der Arzt hat den Arbeitgeber von der Zustellung des Rentenbescheids unverzüglich zu unterrichten. ³Beginnt die Rente erst nach der Zustellung des Rentenbescheids, endet das Arbeitsverhältnis mit Ablauf des dem Rentenbeginn vorangehenden Tages. ⁴Liegt im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine nach § 92 SGB IX erforderliche Zustimmung des Integrationsamtes noch nicht vor, endet das Arbeitsverhältnis mit Ablauf des Tages der Zustellung des Zustimmungsbescheids des Integrationsamtes. ⁵Das Arbeitsverhältnis endet nicht, wenn nach dem Bescheid des Rentenversicherungsträgers oder eines berufsständischen Versorgungswerks für Ärzte/Zahnärzte eine Rente auf Zeit gewährt wird. ⁶In diesem Fall ruht das Arbeitsverhältnis für den Zeitraum, für den eine Rente auf Zeit gewährt wird.

(3) Im Falle teilweiser Erwerbsminderung endet bzw. ruht das Arbeitsverhältnis nicht, wenn der Arzt nach seinem vom Rentenversicherungsträger bzw. in einem berufsständischen Versorgungswerk für Ärzte/Zahnärzte festgestellten Leistungsvermögen auf seinem bisherigen oder einem anderen geeigneten und freien Arbeitsplatz weiterbeschäftigt werden könnte, soweit dringende dienstliche bzw. betriebliche Gründe nicht entgegenstehen, und der Arzt innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des Rentenbescheids seine Weiterbeschäftigung schriftlich beantragt.

(4) ¹Verzögert der Arzt schuldhaft den Rentenantrag oder bezieht er Altersrente nach § 236 oder § 236a SGB VI oder ist er nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert, so tritt an die Stelle des Rentenbescheids das Gutachten eines Amtsarztes oder eines nach § 3 Abs. 5 Satz 2 bestimmten Arztes. ²Das Arbeitsverhältnis endet in diesem Fall mit Ablauf des Monats, in dem dem Arzt das Gutachten bekannt gegeben worden ist.

(5) ¹Soll der Arzt, dessen Arbeitsverhältnis nach Absatz 1 Buchst. a geendet hat, weiterbeschäftigt werden, ist ein neuer schriftlicher Arbeitsvertrag abzuschließen. ²Das

Arbeitsverhältnis kann jederzeit mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende gekündigt werden, wenn im Arbeitsvertrag nichts anderes vereinbart ist.

§ 30 Kündigung des Arbeitsverhältnisses

(1) ¹Bis zum Ende des sechsten Monats seit Beginn des Arbeitsverhältnisses beträgt die Kündigungsfrist zwei Wochen zum Monatsschluss. ²Im Übrigen beträgt die Kündigungsfrist bei einer Beschäftigungszeit (Absatz 2 Satz 1 und 2)

bis zu einem Jahr	ein Monat zum Monatsschluss,
von mehr als einem Jahr	6 Wochen,
von mindestens 5 Jahren	3 Monate,
von mindestens 8 Jahren	4 Monate,
von mindestens 10 Jahren	5 Monate,
von mindestens 12 Jahren	6 Monate

zum Schluss eines Kalendervierteljahres.

(2) ¹Beschäftigungszeit ist die bei demselben Arbeitgeber im Arbeitsverhältnis zurückgelegte Zeit, auch wenn sie unterbrochen ist. ²Unberücksichtigt bleibt die Zeit eines Sonderurlaubs gemäß § 27, es sei denn, der Arbeitgeber hat vor Antritt des Sonderurlaubs schriftlich ein dienstliches oder betriebliches Interesse anerkannt.

§ 31 Zeugnis

(1) Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses haben die Ärzte Anspruch auf ein schriftliches Zeugnis über Art und Dauer ihrer Tätigkeit, das sich auch auf Führung und Leistung erstrecken muss (Endzeugnis).

(2) Aus triftigen Gründen können Ärzte auch während des Arbeitsverhältnisses ein Zeugnis verlangen (Zwischenzeugnis).

(3) Bei bevorstehender Beendigung des Arbeitsverhältnisses können die Ärzte ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Tätigkeit verlangen (vorläufiges Zeugnis).

(4) ¹Die Zeugnisse gemäß den Absätzen 1 bis 3 sind unverzüglich auszustellen. ²Das Endzeugnis und Zwischenzeugnis sind vom leitenden Arzt und einer vertretungsberechtigten Person des Arbeitgebers zu unterzeichnen.

§ 31a Elektronischer Heilberufe-Ausweis

¹Der Zahlbetrag der gesamten nachgewiesenen Kosten insbesondere für das Initialisieren und Fortführen des elektronischen Heilberufe-Ausweises wird auf Antrag vom Arbeitgeber erstattet. ²Die gesamten monatlichen Kosten werden laufend erstattet, die gesamten nachgewiesenen Kosten für das Initialisieren werden durch die Monate der Geltungsdauer geteilt und im bestehenden Arbeitsverhältnis in monatlichen Raten gezahlt. ³Die Kostenerstattung gemäß Satz 1 und 2 erfolgt auch gegenüber Ärzten, die bei Beginn des Arbeitsverhältnisses bereits über einen elektronischen Heilberufe-Ausweis verfügen; sofern die Initialisierungskosten bereits erstattet worden sind, werden diese nicht nochmals erstattet. ⁴Mehrkosten, die aus dem

Verlust des elektronischen Heilberufe-Ausweises resultieren, werden nicht erstattet.

§ 31b Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasings

(1) ¹Arzt und Arbeitgeber können einzelvertraglich vereinbaren, künftige monatliche Entgeltbestandteile des Arztes zum Zwecke des Leasings von Fahrrädern gemäß § 63a Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung sowie leasingfähigen Zubehörs umzuwandeln. ²Bietet der Arbeitgeber die Möglichkeit zum Abschluss einer Vereinbarung gemäß Satz 1 an, so hat er dieses Angebot zur Entgeltumwandlung allen Ärzten zu unterbreiten, die unter den Geltungsbereich dieses Tarifvertrags fallen. ³Werden Entgeltansprüche des Arztes auf Basis einer Vereinbarung gemäß Satz 1 umgewandelt, müssen für die Dauer des Leasingvertrages des Arbeitgebers Entgeltbestandteile in Höhe der jeweiligen Leasingrate verwendet werden.

(2) ¹Für die Zeit der Entgeltumwandlung gemäß Absatz 1 überlässt der Arbeitgeber als Leasingnehmer dem Arzt das Fahrrad zur dienstlichen und privaten Nutzung. ²Aus der Überlassungsvereinbarung müssen sich die Regelungen zum Überlassungsgegenstand und dessen Nutzung, sowie die Rechte und Pflichten des Arztes ergeben.

§ 32 Ausschlussfrist

(1) ¹Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis verfallen, wenn sie nicht innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Fälligkeit vom Arzt oder vom Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden. ²Für denselben Sachverhalt reicht die einmalige Geltendmachung des Anspruchs auch für später fällige Leistungen aus.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Ansprüche aus einem Sozialplan.

§ 33 Begriffsbestimmungen

1. **Abordnung** ist die Zuweisung einer vorübergehenden Beschäftigung bei einer anderen Dienststelle oder einem anderen Betrieb desselben oder eines anderen Arbeitgebers unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses.
2. **Entgelt für Überstunden** ist das jeweilige Stundenentgelt (Nr. 9) zuzüglich des hierauf entfallenden Zeitzuschlags für Überstunden (§ 10 Abs. 1 Buchst. a).
3. ¹**Leitender Oberarzt**, ist derjenige Arzt, dem die ständige Vertretung des leitenden Arztes (Chefarzt) vom Arbeitgeber ausdrücklich übertragen worden ist. ²Leitender Oberarzt ist nur derjenige Arzt, der den leitenden Arzt in der Gesamtheit seiner Dienstaufgaben vertritt. ³Das Tätigkeitsmerkmal kann daher innerhalb einer Klinik in der Regel nur von einem Arzt erfüllt werden.
4. **Mehrarbeit** sind die Arbeitsstunden, die teilzeitbeschäftigte Ärzte über die vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit hinaus bis zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von vollbeschäftigten Ärzten (§ 7 Abs. 1 Satz 1) leisten.
5. **Nacharbeit** ist die Arbeit zwischen 21 Uhr und 6 Uhr.
6. **Oberarzt** ist derjenige Arzt, dem die medizinische Verantwortung für selbstständige Teil- oder Funktionsbereiche der Klinik bzw. Abteilung vom Arbeitgeber ausdrücklich übertragen worden ist.
7. ¹**Personalgestellung** ist - unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses - die auf Dauer angelegte Beschäftigung bei einem Dritten. ²Die Modalitäten der

- Personalgestellung werden zwischen dem Arbeitgeber und dem Dritten vertraglich geregelt.
8. **Schichtarbeit** ist die Arbeit nach einem Schichtplan, der einen regelmäßigen Wechsel des Beginns der täglichen Arbeitszeit um mindestens zwei Stunden in Zeitabschnitten von längstens einem Monat vorsieht, und die innerhalb einer Zeitspanne von mindestens 13 Stunden geleistet wird.
 9. ¹**Stundenentgelt** ist der auf eine Stunde entfallende Anteil des Monatstabellenentgelts. ²Zur Ermittlung des Stundenentgelts ist das jeweilige Tabellenentgelt durch das 4,348-fache der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit (§ 7 Abs. 1) zu teilen. ³Für die als Arbeitszeit gewertete Zeit des Bereitschaftsdienstes gilt ein besonderes Stundenentgelt (§ 11 Abs. 2).
 10. **Überstunden** sind die auf Anordnung des Arbeitgebers geleisteten Arbeitsstunden, die über die im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit von vollbeschäftigten Ärzten (§ 7 Abs. 1 bzw. Abs. 2) für die Woche dienstplanmäßig bzw. betriebsüblich festgesetzten Arbeitsstunden hinausgehen und nicht bis zum Ablauf von vier Kalenderwochen oder - bei Arbeit nach einem Schichtplan - spätestens im nächsten Schichtplanturnus ausgeglichen werden.
 11. **Versetzung** ist die Zuweisung einer auf Dauer bestimmten Beschäftigung bei einem anderen Betrieb desselben Arbeitgebers unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses.
 12. ¹**Wechselschichtarbeit** ist die Arbeit nach einem Schichtplan/ Dienstplan, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Wechselschichten vorsieht, bei denen der Arzt längstens nach Ablauf eines Monats erneut zu mindestens zwei Nachtschichten herangezogen wird. ²Wechselschichten sind wechselnde Arbeitsschichten, in denen ununterbrochen bei Tag und Nacht, werktags, sonntags und feiertags gearbeitet wird. ³Nachtschichten sind Arbeitsschichten, die mindestens zwei Stunden Nachtarbeit umfassen.
 13. **Zuweisung** ist - unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses - die vorübergehende Beschäftigung bei einem Dritten im In- und Ausland, bei dem dieser Tarifvertrag nicht zur Anwendung kommt.

§ 34 Existenz- und Beschäftigungssicherung

¹Zur Vermeidung bzw. Beseitigung wirtschaftlicher Probleme des Krankenhauses, zu dessen Existenzsicherung oder zur Vermeidung eines Personalabbaus können durch einen Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeber und dem Marburger Bund befristet Abweichungen von den Regelungen dieses Tarifvertrages vereinbart werden.

§ 35 Inkrafttreten

(1) ¹Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. ²Die Regelungen der §§ 4 Abs. 2 Satz 2, 9a, 10 Abs. 3 Satz 5, 11 Abs. 3 und 11 Abs. 3b treten mit Wirkung ab dem 1. Mai 2025 und die Regelungen des § 26 Abs. 3 treten mit Wirkung ab dem 1. Januar 2026 in Kraft.

(2) Dieser Tarifvertrag kann von jeder Tarifvertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderhalbjahres schriftlich gekündigt werden, frühestens jedoch zum 30. April 2027.

(3) Abweichend von Absatz 2 können schriftlich gekündigt werden

- a) die Vorschriften des § 9 Abs. 2 und 3 mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalendermonats, frühestens jedoch zum 30. April 2027;
- b) § 9 Abs. 4 mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalendermonats, frühestens jedoch zum 30. April 2027;
- c) die Vorschriften des § 11 mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalendermonats, frühestens jedoch zum 30. April 2027;
- d) §§ 9, 10 Abs. 3 und 11 mit einer Frist von drei Monaten, wenn infolge einer Änderung des Arbeitszeitgesetzes sich materiellrechtliche Auswirkungen ergeben oder weitere Regelungsmöglichkeiten für die Tarifvertragsparteien eröffnet werden; rein formelle Änderungen berechtigen nicht zu einer Ausübung des Kündigungsrechts;
- e) die Anlagen zu § 17 ohne Einhaltung einer Frist, frühestens jedoch zum 30. April 2027;
- f) § 24a mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats, frühestens jedoch zum 30. April 2027;
- g) § 7 Abs. 1 Satz 3 ohne Nachwirkung mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 30. April 2027;
- h) § 6, § 9 Abs. 6 bis 8, § 9a, § 10 Abs. 3, § 11 Abs. 3, § 26 mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende, frühestens zum 30. April 2027.
- i) § 7 Abs. 3 Satz 2, 6 und 7 (soweit er Schicht und Wechselschicht betrifft), § 8 Abs. 2, § 10 Abs. 1 (soweit er Schicht und Wechselschicht betrifft), Abs. 4 und 5, § 26 Abs. 1 und 2 und § 33 Nr. 8, 10 (soweit sie Schicht und Wechselschicht betrifft) und 12 mit einer Frist von einem Monat zum Ende eines Kalendermonats, frühestens zum 30. April 2027.